



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Markus Bayerbach** und **Fraktion (AfD)**

Ignoranz gegenüber Jugendlichen in der Coronakrise – Jugendbeteiligung fand nicht statt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Jugendlichen in Bayern während der Coronakrise an den sie betreffenden Entscheidungen und insbesondere an Entscheidungen über sie betreffende Coronamaßnahmen nicht hinreichend beteiligt wurden.

Begründung:

Seit mehr als eineinhalb Jahren leiden vor allem Kinder und Jugendliche besonders unter den Folgen der Corona-Politik der Staatsregierung. Eine Befragung der Universitäten Hildesheim und Frankfurt am Main brachte zu Tage, dass sich 61 Prozent der befragten Jugendlichen teilweise oder dauerhaft einsam fühlten. 64 Prozent fühlten sich zum Zeitpunkt der Befragung psychisch belastet und 69 Prozent gaben an, von Zukunftsängsten geplagt zu sein.

Es wäre also besonders wichtig gewesen und ist es noch immer, den Jugendlichen in dieser Zeit großer Belastungen zur Seite zu stehen, sie zu unterstützen und sie zu beteiligen. Denn immerhin gaben 65 Prozent der Befragten während des zweiten Lockdowns an, dass ihre Sorgen eher nicht oder gar nicht gehört werden würden. Hier ist ein Anstieg von 20 Prozent gegenüber der Befragung vom April und Mai 2020 zu erkennen. Ein weiteres Armutszeugnis dieser Corona-Politik und ein demokratiepolitisches Desaster lässt sich daran erkennen, dass 58 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass Politikern die Jugendlichen nicht wichtig seien und 57,5 Prozent gingen gar nicht erst davon aus, dass junge Menschen ihre Ideen in die Politik einbringen könnten.

Die Jugendlichen wurden die letzten eineinhalb Jahre kein einziges Mal von der Politik bei den Entscheidungen über Coronamaßnahmen beteiligt. Ihre Sorgen und Ängste wurden weder angehört noch berücksichtigt und das, obwohl es sich um enorme grundrechts- und freiheitsentziehende Maßnahmen handelte und teilweise noch immer handelt. Die Rechte von Jugendlichen wurden in der Coronakrise nicht beachtet, vor allem wurden sie zu keinem Zeitpunkt bei Entscheidungen über sie betreffende Maßnahmen beteiligt.